

INTERVIEW DES MONATS

HEUTE MIT PHILIPP MÜLLER, GENERALBAUUNTERNEHMER UND FDP-NATIONALRAT, REINACH AG

«Die Leute, die bei der UBS den Schlamassel angerichtet haben, sollen dafür belangt werden»

Der Aargauer Nationalrat und FDP-Politiker Philipp Müller gehört zur kleinen Gruppe der Unternehmer im eidgenössischen Parlament. Der Inhaber eines Generalbauunternehmens macht immer wieder mit mutigen Stellungnahmen zu kontroversen Themen wie der Zuwanderung von sich reden. Nun will er die Grossbanken stärker in die Verantwortung nehmen.

Mit Philipp Müller sprach Jean Haag.

Herr Müller, die Spezies des Unternehmers und Politikers wird immer seltener. Insbesondere in der eidgenössischen Politik. Wo liegen die Ursachen?

Die Politik ist komplexer und vielfältiger geworden ist. Es gibt viele neue Themenfelder wie Umwelt, Globalisierung oder die EU. Wer heute politisiert, benötigt viel mehr Zeit als früher. Und die ist besonders beim Unternehmer Mangelware. Will man ein Unternehmen erfolgreich führen, muss man eine aktive Rolle spielen. Die Doppelbelastung ist nicht jedermanns Sache, denn man kommt praktisch auf einen 200-Prozent-Job. Das sehe ich bei mir. Wobei ich in der glücklichen Lage bin, über Partnerfirmen zu verfügen, an die ich delegieren kann.

Dann liegt es hauptsächlich am Mangel an Zeit, dass sich immer weniger Unternehmer in der Politik engagieren?

So ist es. Und dies ist bedauerlich. Denn es schadet nie, wenn unternehmerisches Denken in die Politik einfließt. Das heisst letztlich nichts anderes, als dass die Eigenverantwortung gestärkt wird. Aus dieser Perspektive kommt man zu spezifischen Schlüssen. Etwa was die Rolle des Staates betrifft. Die unternehmerische Sicht im Parlament einzubringen, ist unsere Aufgabe. Dabei muss man

sich bewusst sein, dass in einem Milizparlament ein breites Spektrum an Wissen und Know-how zusammenkommt. Dies aufgrund unterschiedlichster Biographien der Ratsmitglieder. Sei dies in der Ausbildung, Lebens- oder Berufserfahrung. Diese Vielfalt fördert die Qualität der politischen Arbeit.

Nun nimmt aber der Anteil an Parlamentariern, die sich ausschliesslich mit Politik beschäftigen, bei uns zu.

Diese Entwicklung bedaure ich, denn aus den eben dargelegten Gründen bin ich ein entschiedener Befürworter des Milizparlaments. Auch den Vorwurf, wir seien bei komplizierten Geschäften überfordert, weise ich zurück. Wer will, kann sich auch in eine schwierige Materie einarbeiten und die notwendigen Kompetenzen erlangen. Ohne Fleiss, Disziplin und Ausdauer geht es allerdings nicht. Dass unser Parlament auch rasch handeln kann, hat es bei der Rettung der UBS bewiesen. Da waren wir Vorbild für andere Staaten.

Muss ein Politiker nicht in zunehmendem Masse auch ein Medienprofi sein, wenn er etwas bewegen will?

Als Politiker kann ich mich nicht auf den Standpunkt stellen, dass mich die Medien nicht interessieren. Medienpräsenz gehört zu unserem Geschäft. Wir erreichen dadurch auch eine grössere Wirkung für unsere Anliegen. Ein Politiker

sollte aber seine Grenzen kennen. Es ist unmöglich, über alle Themen Bescheid zu wissen, man kann sich also auch nicht zu allem Möglichen gegenüber den Medien äussern. Das wäre unseriös. Das ist allerdings nicht immer einfach, interessieren doch vor allem Themen, die eine möglichst hohe Leser- oder Einschaltquote mit sich bringen.

Apropos Eigenverantwortung, die Sie vorhin erwähnten. Bei der UBS scheint es damit nicht allzu weit her zu sein?

In Ihrer Frage schwingt ein bisschen ein polemischer Unterton mit. Darf ich vorwegnehmen, dass ich der Letzte wäre, der die UBS fallen liesse. Es steht für unser Land einfach zu viel auf dem Spiel. Trotzdem verlange ich von der Bank, und das habe ich Ende Januar klar kommuniziert, dass sie jetzt Verantwortung übernimmt und Vorschläge unterbreitet, wie sie das Problem mit den USA und den 4450 Dossiers lösen will. Insbesondere nach dem Verdikt des Bundesverwaltungsgerichtes. Sie

soll für ihre Fehler geradestehen. Und sich nicht hinter der Politik verstecken. Es geht nicht nur um einen Konflikt zwischen zwei Rechtsordnungen. Schliesslich wurden klassische Gesetzesbrüche begangen. In den USA hat man aktiv Steuerhinterziehung betrieben und damit amerikanisches Recht gebrochen. Die Verantwortlichen müssten vor den Kadi gebracht werden.

Danach sieht es aber gar nicht aus?

Es scheint sich nun etwas zu bewegen, man hört, dass da und dort Klagen vorbereitet werden. Dass man die Verantwortlichen bis heute noch nicht zur Rechenschaft gezogen hat, ist ein wesentlicher Grund, dass die Stimmung gegenüber der UBS nach wie vor ambivalent ist. Die jetzige Führung sollte von sich aus gegen die involvierten Personen vorgehen. Eine umfassende Aufarbeitung wäre das Mindeste, was man verlangen kann. Die Meinung, dass dadurch der Schaden für die Bank noch grösser würde, teile ich nicht.

Zum marktwirtschaftlichen Wettbewerb gehört das Scheitern. Nicht so bei den Grossbanken. Sie sind «too big to

Zur Person

Philipp Müller, 57, Generalbauunternehmer, hat nach dem Besuch der Bezirksschule und nach einem Welschlandjahr eine Lehre als Gipser/Stuckateur absolviert, um das elterliche Geschäft übernehmen zu können. Dieses baute er zu einer Generalbauunternehmung um, dessen Inhaber er heute ist. 1997 kam sein Einstieg in die Politik. Zuerst als Aargauer Grossrat, danach ab der Dezembersession 2003 als Nationalrat. Er ist Mitglied des Fraktionsvorstands sowie der Geschäftsleitung der FDP und gehört der Staatspolitischen Kommission und der Kommission für Wirtschaft und Abgaben an. Philipp Müller ist verheiratet und Vater dreier Kinder.

fail» oder zu gross, um sie scheitern zu lassen?

Die Bilanzsumme der UBS und CS zusammen ist fünf- bis sechsmal so gross wie das Brutto-Inlandprodukt der Schweiz. Diese Banken bilden für die schweizerische Volkswirtschaft insofern ein Risiko, als sie nicht fallen gelassen werden können, sie faktisch also über eine Staatsgarantie verfügen. Zurzeit ist eine Expertengruppe daran, Vorschläge zur Lösung dieser Problematik zu erarbeiten. Sie stehen ab Herbst zur Debatte. Tendenziell geht es in Richtung höherer Eigenkapitalquote. Das unterstütze ich. Wichtig ist auch, dass die Neuerungen international koordiniert werden. Die Schweiz sollte keinen Sonderzug fahren. Höchstens dort, wo es wegen der Bedeutung des Bankensektors absolut notwendig ist.

Sie lassen sich regelmässig zu Fragen der Immigration vernehmen. Wie lautet diesbezüglich Ihre Maxime?

Es gibt eine einfache Maxime: Ich wünsche mir langfristig eine möglichst stabile Bevölkerungszahl. Es kann nicht sein, dass wir weiterhin ein Nettowachstum bei der Gesamtbevölkerung wie in den vergangenen Jahren aufweisen. Im Jahre 2008 belief sich dieses auf über 100 000 Personen, und 2009 lag es trotz wirtschaftlichen Abschwungs und steigender Arbeitslosigkeit noch immer bei über 70 000. Die Expansion in diesem Stil können wir uns nicht leisten, denn das schweizerische Mittelland gehört bereits heute zu den am dichtest besiedelten Regionen der Welt. Auch der Bedarf an neuen Infrastrukturbauten würde in der Folge enorm steigen und zu kaum tragbaren finanziellen Belastungen führen.

Was halten Sie von der These, dass der Einwanderungsdruck erst abnehmen wird, wenn die Schweiz ihre Attraktivität als Zielland verloren hat, indem



Philipp Müller, Generalbauunternehmer und FDP-Nationalrat:
«Wer es versteht, sich im Sanierungsbereich zu profilieren und ein gutes Image zu schaffen, wird die Preisdiskussionen weitgehend vermeiden und wieder bessere Margen erzielen können.»

kein Lohngefälle mehr zur EU besteht, die Arbeitslosigkeit auf europäisches Niveau steigt und die Sozialleistungen in etwa dem Durchschnitt der Herkunftsländer der Zuwanderer entsprechen?

Dies tönt logisch, ist aber kein lohnendes Ziel. Wir müssen die Fehlentwicklungen bei der Immigration mit der konsequenten Anwendung der gesetzlichen Möglichkeiten unterbinden. Sei dies bei der Personenfreizügigkeit, im Asylbereich oder der Einwanderung aus Drittstaaten. Die Gesetze werden bei uns zu grosszügig interpretiert, und beim Vollzug hapert es. Hier müssen wir Korrekturen anbringen und allenfalls Spielräume einschränken. Wo nötig, mit neuen gesetzlichen Massnahmen.

Sie sind Generalbauunternehmer. Welche Erfahrungen machen Sie mit der Haustechnik?

Mit der Haustechnik habe ich sehr gute Erfahrungen gemacht. Sie hat sich in den letzten Jahrzehnten gewaltig verändert. Nehmen wir als Beispiele Lärmschutz oder Energiesparen. In beiden Bereichen sind enorme Fortschritte erzielt worden. Mit Verbesserungen im Komfort und in der Behaglichkeit. Sie gehen zu einem schönen

Teil auf das Konto der Haustechnik. Sie hat diese Entwicklung massgeblich mitgeprägt.

Trotzdem klagen viele Unternehmer der Haustechnik über die Margenerosion. Gibt es dagegen ein Mittel? Haben Sie vielleicht ein Rezept?

Es trifft zu, dass sich die Preise selbst in den vergangenen Jahren mit hoher Nachfrage nach Bauleistungen nicht erholt haben, die Marge ungenügend geblieben ist. Der Grund dafür ist der Überhang an Kapazitäten, der auch durch Konkurse nicht abgebaut wird. Für mich liegt die Zukunft der Haustechnik bei der Sanierung. Heute sind rund 1,7 Millionen Wohnungen sanierungsbedürftig. 1990 waren es noch 1 Million. Die Sanierungsrate ist viel zu tief. Deshalb setze ich mich auch konsequent dafür ein, dass Auslagen für werterhaltenden Unterhalt weiterhin steuerlich abzugsberechtigt bleiben. Ansonsten bessert sich der Zustand der Liegenschaften nicht. Besonders gefragt sind bei Sanierungen Gesamtlösungen. Deshalb müssen selbst kleine Betriebe im Verbund mit andern einen Umbau aus einer Hand anbieten, so dass der Kunde nur einen Ansprechpartner hat. Wer es ver-

steht, sich im Sanierungsbereich zu profilieren und ein gutes Image zu schaffen, wobei Qualität und Vertrauen dafür die Basis bilden, wird die Preisdiskussionen weitgehend vermeiden und wieder bessere Margen erzielen können.

Sie waren früher ein erfolgreicher Autorennfahrer und wurden 1986 Tourenwagen-Europameister. Was haben Politik und Motorsport gemeinsam?

Ich habe zehn Jahre lang Motorsport auf professioneller Ebene betrieben. 1996 gab ich den Rücktritt und bin im Jahr danach als Grossrat des Kantons Aargau in die Politik eingestiegen. Politik und Rennsport haben einige Ähnlichkeiten. Will man etwas Besonderes erreichen, benötigt man bei beiden Aktivitäten ein motiviertes Team, das voll hinter einem steht. In der Politik sind das in erster Linie die Partei und die Fraktion, beim Motorsport die Ingenieure, Mechaniker und Serviceleute. Sitzt man im Cockpit eines Rennwagens oder hat man ein politisches Anliegen in einer Kommission zu vertreten, so ist man auf sich allein gestellt. Jetzt kommt es darauf an, dass man selbst eine überzeugende Leistung bieten kann. Somit können im Rennsport wie in der Politik im optimalen Zusammenspiel von Team und Individuum die besten Resultate erzielt werden. ■